

Eidgenössisches Departement des Innern
EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern, 13. September 2019/DD
VL Kulturbotschaft

per Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Kulturpolitik spielt für FDP.Die Liberalen eine wichtige Rolle. Kultur fördert die individuelle Entfaltung, die nationale Identität und den Innovationsgeist. Daher kann die FDP die Kulturbotschaft 2021-2024 in ihrer Grundausrichtung unterstützen.

Schulische Sprachaustauschaktivitäten und musikalische Talentförderung

Insbesondere begrüssenswert ist die Verstärkung der schulischen Austauschaktivitäten zwischen den verschiedenen Sprachregionen und die Einrichtung eines Austauschprogrammes für Lehrpersonen. Die Förderung der Kenntnisse der Landessprachen und damit verbunden der Kultur der jeweils anderen Landesteile ist für die FDP von grosser Bedeutung. Ebenso ist es richtig, in die Förderung der Lesekompetenz zu investieren. Diese stellt eine Grundvoraussetzung für eine aktive kulturelle Teilhabe dar. Weiter begrüsst die FDP die geplante Einführung einer musikalischen Talentförderung in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Musikorganisationen. Junge Talente zu fördern ist der FDP ein wichtiges Anliegen.

Zahlungsrahmen

Nicht unterstützen kann die FDP die mit der Kulturbotschaft beantragten Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite im Rahmen von gesamthaft 942,8 Millionen Franken. Dies entspricht im Vergleich zum Finanzplan 2020 einem realen Wachstum von durchschnittlich 1.9 Prozent pro Jahr und führt im Vergleich zum Finanzplan 2020 zu einer Mittelaufstockung von insgesamt 35,4 Millionen Franken für die gesamte Förderperiode 2021-2024. Es ist unklar, warum eine solche Erhöhung notwendig ist. Die Aufstockung erfolgreicher Programme wie die sprachlichen Austauschaktivitäten ist richtig. Allerdings müssen im Gegenzug andere Massnahmen auch kritisch auf ihre Effektivität und Effizienz überprüft werden. Die FDP fordert entsprechend eine kritischere Überprüfung des Einsatzes der Staatsmittel und eine Anpassung des beantragten Zahlungsrahmens an denjenigen der aktuellen Förderperiode zuzüglich Teuerung.

Art. 10 Abs. 2 VE-Filmgesetz

Die FDP begrüsst die Initiative, neue Zusammenarbeitsmodelle zwischen Kultur und Wirtschaft zu fördern. Allerdings sieht sie Unstimmigkeiten in der Umsetzung durch die Kulturbotschaft 2021-2024. So soll die Game-Industrie aufgrund ihrer innovativen und unternehmerischen Aspekte als Vorbild für eine Zusammenführung von Kultur-, Wirtschafts- und Innovationsförderung dienen. Bei der Filmförderung hingegen sollen gemäss dem vorgeschlagenen Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz Organisationen, die gewinnorientiert sind oder im Besitz von gewinnorientierten Unternehmen stehen, von der Förderung ausgeschlossen werden. Es ist zwar richtig, zu verhindern, dass private Organisationen, welche staatliche Finanzhilfen erhalten,

Gewinne ausschütten. Jedoch kann dies unabhängig von der Gesellschaftsform oder der Eigentumsverhältnisse einer Organisation durch organisatorische Massnahmen und Leistungsvereinbarungen sichergestellt werden. Der vorgeschlagene Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz wird daher von der FDP abgelehnt.

Art. 24a VE-Filmgesetz

Die FDP lehnt weiter Art. 24a VE-FiG ab und wehrt sich damit gegen eine unnötige staatliche Regulierung. Unternehmen, welche in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, sollen verpflichtet werden, 30% ihres Angebots europäischen Filmen vorzubehalten. Das Anliegen dieses vorgeschlagenen Artikels ist in ihrem Kern die Förderung von Schweizer Filmen. Die grössten Schweizer Anbieter haben jedoch heute bereits zahlreiche Schweizer Filme in ihrem Angebot und sehen diesen Umstand gar als Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischen Anbietern. Es ist daher nicht ersichtlich, warum eine solche Regulierung auf Gesetzesebene eingeführt werden soll.

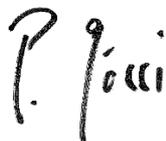
Art. 24b bis 24f VE-Filmgesetz

Weiter lehnt die FDP die Art. 24b bis 24f VE-FiG ab. Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, sollen jährlich mindestens 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in das unabhängige Schweizer Filmschaffen investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen. Die Kulturförderung soll zwar nur subsidiär dem Staat auferliegen, nämlich dort, wo Privatinvestitionen fehlen, ein berechtigtes öffentliches Interesse aber eine Förderung rechtfertigt. Allerdings handelt es sich dabei dann aber um eine hoheitliche Aufgabe, die der Staat über seine Steuereinnahmen zu tragen hat. Diese Aufgabe per Gesetz ausgewählten Privaten aufzuerlegen ist nicht zu rechtfertigen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin



Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Samuel Lanz

Geht per Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

17.9.2019

Vernehmlassung: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP ist erfreut über die vorliegende Kulturbotschaft und unterstützt demnach grossmehrheitlich sowohl die strategische Ausrichtung wie auch die inhaltlichen Massnahmen. Allerdings weist sie auch auf Lücken hin, die noch einer Schliessung bedürfen.

Die Vernehmlassungsantwort richtet sich nach dem der Vernehmlassung beiliegenden Fragenkatalog:

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Die Kulturbotschaft 2016 – 2020 ist konsequent umgesetzt worden. Die Festlegung von zentralen Handlungsachsen erweist sich als sinnvolle Massnahme.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Weiterführung der zentralen Handlungsachsen in der neuen Kulturbotschaft wird für die Etablierung einer kohärenten Kulturpolitik als sinnvoll betrachtet. Kritisiert wird allerdings, dass diese Handlungsachsen isoliert installiert werden, ohne Bezug zur Gesellschaft, in der und mit der sie sich bewegt. Auch fehlen die Anknüpfungspunkte zwischen den Handlungsachsen untereinander. Beispielhaft für das Fehlen einer integrierten Betrachtungsweise ist der Umstand, dass der Begriff der «Teilhabe» nirgends definiert wird. So können sich alle Rezipienten etwas Anderes darunter vorstellen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Grossmehrheitlich wird die im Bericht vorgestellte Weiterentwicklung der Massnahmen unterstützt. Insbesondere wird die verstärkte Förderung des Kulturaustausches im Inland als positiv betrachtet.

Die Massnahmen betreffend die Kunstvermittlung sind insbesondere vor dem Hintergrund der sich dramatisch verändernden Medienlandschaft sehr zu begrüssen. Allerdings sollten sie sich nicht nur auf das «zeitgenössischen Kunstschaffen» im engeren Sinn beziehen, sondern generell die kritische Auseinandersetzung mit kulturellen Themen umfassen.

Die Unterstützung der Schweizerschule in Peking ist grundsätzlich zu begrüßen, etwas zweifelhaft erscheint allerdings der Umstand, dass dies mit Geldern des BAK geschehen soll: Wieso werden für die Unterstützung Mittel aus dem Bereich der Kulturförderung verwendet?

Eine Lücke, die es zu schliessen gilt, ist die mangelnde Erwähnung der Bedeutung von verschiedenen Institutionen für die Produktion und Vermittlung von Kultur. Grosse wie auch kleine Kulturinstitutionen fungieren als entscheidendes Bindeglied zwischen Künstlern und der Bevölkerung. Kunst geschieht niemals im luftleeren Raum, die Partizipation daran ist immer auch ein Teil der Kunst. Es wäre demnach wünschenswert, wenn sich die Rahmenbedingungen betreffend Produktion und Vermittlung von Kunstwerken in der Kulturbotschaft noch deutlicher spiegeln würden.

4. Revision des Filmgesetzes

Die vorgeschlagenen Massnahmen werden vollumfänglich unterstützt.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Die Berichterstattung und Reflexion über Kunst sollen vom Bund vermehrt unterstützt und gefördert werden. Diese Forderung entspricht einer der drei formulierten Handlungsachsen, der kulturellen Teilhabe. Kunst und Kultur sollen nicht nur in ihrer Produktion unterstützt werden, die Bevölkerung muss auch fundiert darüber informiert werden.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Die vorgesehenen Mittel werden begrüsst. Es stellt sich allerdings die Frage, wie mit den geplanten Mitteln die avisierten Ziele erreicht werden können.

Abschliessend weist die BDP daraufhin, dass bei der Zuteilung der Mittel Anpassungen vorgenommen werden müssen, sodass einzelne Institutionen bei verschiedenen Rahmenkrediten berücksichtigt werden können: Als Beispiele sei das Verkehrshaus genannt, welches in den Bereichen Bildung wie auch Kultur tätig ist und welches folglich bei zwei Krediten berücksichtigt werden muss. In der Musikförderung ist es dasselbe, damit würde sich zudem die Umsetzung des Verfassungsartikels deutlich einfacher gestalten.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz



T +41 31 326 66 04
E urs.scheuss@gruene.ch

Bundesamt für Kultur
Direktionsgeschäfte und Recht
3003 Bern

20. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024 eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN begrüssen die Kulturbotschaft 2021-2024 in weiten Teilen. Wie die letzten Botschaften zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015 und 2016-2020 gibt auch die Kulturbotschaft 2021-2024 einen Überblick über die Aktivitäten des Bundes im Bereich der Kultur und zeigt, wie der Bundesrat gedenkt das Kulturförderungsgesetz (KFG) weiter umzusetzen. Dabei wird die Kulturförderung aus einer umfassenden Perspektive angegangen und nicht auf wenige Sparten beschränkt.

Die GRÜNEN begrüssen zudem die Erhöhung der Finanzmittel. Sie betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere im Hinblick auf die laufenden grossen technologischen Veränderungen und die grossen Herausforderungen durch den Ausschluss aus dem EU-Rahmenprogramm „Kreatives Europa“. Neuen Aufgaben dürfen aus Sicht der GRÜNEN nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden. Daher lehnen die GRÜNEN auch die Streichung des Beitrags an die Bundesstadt ab.

Weiterhing kritisch beurteilen die GRÜNEN schliesslich die Situation für Jenische und Sinti und generell die nomadische Lebensweise. Offenbar reichen die Bemühungen des Bundes im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes nicht, genügend Plätze zu schaffen. Neben Anschubfinanzierungen für Kantone und Gemeinden beim Einrichten neuer Plätze regen die GRÜNEN an, zusätzlich zum Ausarbeiten eines Konzepts weitere raumplanerische Massnahmen zu treffen, etwa die Kantone zu verpflichten, in ihren Richtplänen die Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen vorzusehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Regula Rytz
Präsidentin

Urs Scheuss
stv. Generalsekretär

Zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Die GRÜNEN hatten die Kulturbotschaft 2016-2020 unterstützt. Die bisherige Umsetzung schätzen sie grundsätzlich als positiv ein. In vielen Punkten ist sie aber noch nicht abgeschlossen, weshalb die GRÜNEN es begrüßen, dass in der Kulturbotschaft 2021-2024 auf Fortsetzung und Kontinuität gesetzt wird.

Es gibt aber auch Lücken, die geschlossen werden sollen. So werden die Organisationen der Kulturschaffenden in den meisten Bereichen nicht oder zu wenig miteinbezogen. Dies führt zu Umsetzungen, die an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens vorbeigehen. So wurde etwa mehrfach in der Kulturbotschaft 2016-2020 die grosse Bedeutung der medialen Vermittlung hervorgehoben und deren Verschwinden in den traditionellen Medien festgestellt. Es wurden Massnahmen vor allem in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Literaturzeitschriften aber auch in anderen Kulturbereichen, insbesondere im Bereich elektronischer Medien und Plattformen angekündigt. Pro Helvetia hat in den letzten Jahren selbst verschiedene Anläufe zur Schaffung solcher Plattformen unternommen, in der Regel aber ohne jegliche Absprache mit den Kulturorganisationen oder bereits bestehenden Projekten. So wurden von Pro Helvetia bedeutende finanzielle Mittel in eigene Plattformen investiert, die höchstens in Insiderkreisen Beachtung finden und nicht annähernd den gewünschten Effekt erzielen.

Vielfach wurde zudem in der Kulturbotschaft 2016-2020 die grosse Bedeutung der Vernetzung des Schweizer Kulturschaffens auf europäischer Ebene hervorgehoben. Die umfassende Arbeit der Pro Helvetia auf diesem Gebiet bewerten die GRÜNEN sehr positiv. Ausserhalb des audiovisuellen Bereichs ist allerdings wenig zu spüren von Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union. So sind Schweizer Kulturschaffende der meisten Sparten weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während solche anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, zur Teilnahme zugelassen sind.

Zu den Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die GRÜNEN unterstützen die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Ebenso die Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“. Die Strategie der Kulturbotschaft 2021-2024 folgt zudem weitgehend jener der Europäischen Union. Insbesondere die drei Hauptachsen Kulturelle Teilhabe, Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation sind deckungsgleich mit den Stossrichtungen des Kulturprogramms der Europäischen Union.

Zur **kulturellen Teilhabe** bemerken die GRÜNEN, dass es hier vor allem um die Erschliessung von neuem Publikum von Kulturinstitutionen oder -initiativen geht. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Fragen gelegt, wie kulturferne und soziale Randgruppen Zugang zu Kultur erhalten können. Kulturelle Teilhabe bedingt somit auch ein Umdenken von Kulturinstitutionen in der Arbeit mit ihrem Publikum, ihren Communities: Neue Ausstellungen, Stücke, Musikprogramme, die in Zusammenarbeit mit einem Publikum erarbeitet werden, ermöglichen auch ein intensiveres Engagement des Publikums für eine Kulturinstitution oder -initiative. Solche Programme fehlen im Entwurf der neuen Kulturbotschaft.

Die Vorschläge zur Handlungsachse **Gesellschaftlicher Zusammenhalt** beziehen sich auf einzelne Aspekte davon. Es fehlt der Austausch als aktives Element. Die Erarbeitung eines Förderprogramms, das insbesondere Kulturschaffende anregt, sich über Sprachgrenzen in künstlerischer Form auszutauschen, ist ein Ansatz. Der Kulturbereich bietet so die Chance, neue Formen des Austauschs zu entwickeln, zu erproben und kann Motor sozialer Innovation sein.

Der Bundesrat hat bisher ausserhalb des audiovisuellen Bereiches zu wenig Anstrengungen unternommen, ein Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union über die **Teilnahme am europäischen Kulturprogramm 2021 bis 2027** zu erreichen. Zwar wurden Kompensationsmassnahmen für den Medienbereich eingerichtet, für den Kulturbereich, der am 1.1.2015 in das Programm „Kreatives Europa“

hätte eintreten sollen, wurden keine solchen Massnahmen eingerichtet, sie fehlen bis heute. Die GRÜNEN fordern den Bundesrat auf, aktiv das Verhandlungsmandat zur Aufnahme der Schweiz in das europäische Kulturprogramm aufzunehmen und auszuarbeiten.

Europa ist ein Kulturraum, zu dem die Schweiz dazu gehört. Der europäische Kulturraum geht über politische Geographien oder Institutionen hinaus. Der transeuropäische Kulturaustausch ermöglicht europäischen Kulturschaffenden einen intensiven Austausch, von dem die Schweizer Kulturschaffenden ausgeschlossen sind. Die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm ist für die Schweizer Kulturschaffenden elementar wichtig. Die Situation wie sie sich seit 2014 zeigt, stellt eine erhebliche Benachteiligung dar. Diese kann durch Kompensationsmassnahmen erleichtert werden, ersetzt aber keineswegs die volle Beteiligung.

Die Programme „Horizon“ und „Erasmus+“ sind ebenfalls für den Kulturbereich wichtig, da sowohl Forschungsvorhaben als auch individuelle künstlerische Mobilität innerhalb Europas mit diesen Programmen gefördert werden. Die vollständige Teilnahme auch an diesen Programmen ist für den Schweizer Kulturbereich enorm wichtig.

Zur Weiterentwicklung von Massnahmen in den Förderbereichen

1) Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Die stetige **Überprüfung und Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung** begrüssen die GRÜNEN grundsätzlich. Dies muss aber in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen. Deren Fachwissen und direkten Bezug zu den Kulturschaffenden der verschiedensten Sparten sind bei der Ausarbeitung und Anpassung der Werkbegriffe und der Förderkriterien aktiv miteinzubeziehen.

Ebenso begrüssen die GRÜNEN die **Bestrebungen zu innovativen Zusammenarbeitsformen**. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit muss aber für die Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand bei allen Werkbegriffen der künstlerische Wert als einziges Förderkriterium betrachtet werden. Ökonomische, technologische oder wissenschaftliche Bewertungen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Nach wie vor ist die **Einkommenssituation** vieler Kunstschaffender, trotz erfolgreicher Arbeit, ungenügend. Die GRÜNEN begrüssen sehr, dass das Bundesamt für Kultur (BAK) und die Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten und in Zusammenarbeit mit der Szene sowie mit den interessierten Kantonen und Städten eine Praxis angemessener Entschädigungen entwickeln.

Die **Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit** sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte hier verwaltungsintern das Monitoring sicherstellen und fallweise auch bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze aktiv werden. Veranstalter und Produzenten müssen auch im Kontext der Förderung in die Verantwortung genommen werden, was die soziale Sicherheit ihrer Künstlerinnen und Künstler betrifft.

Auch erwarten die GRÜNEN vom BAK und der Pro Helvetia und den anderen öffentlichen Kulturförderern, dass bei der Vergabe ihrer kulturellen Beiträge auf die **Einhaltung der Urheberrechte** bestanden wird und dass das BAK sich verwaltungsintern für eine gerechte urheberrechtliche Entschädigung der Autorinnen und Interpreten einsetzt.

2) Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die GRÜNEN begrüßen die Bestrebungen der Pro Helvetia, gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen **spartenspezifische interregionale Netzwerke** zu initiieren, die zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken beitragen und um den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen künftig vermehrt innerhalb einer Sprachregion fördern zu können.

Die GRÜNEN begrüßen zudem die von Bund und Pro Helvetia in Angriff genommenen und für die Zukunft geplanten Massnahmen in den Bereichen **Interkulturalität**. In diesem Bereich ist die vertiefte Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Organisationen anzustreben. Es ist zu prüfen, ob hier nicht Aufgaben im Leistungsauftrag delegiert werden können, anstatt innerhalb der Pro Helvetia Parallelstrukturen aufzubauen. Ebenso anzustreben ist in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden, von denen die meisten mit ihren Mitgliedern über einen Erfahrungspool verfügen.

Die GRÜNEN sind erfreut, dass im Bereich **Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbetrieb** Handlungsbedarf erkannt wurde und begrüßen die in diesem Bereich geplanten Massnahmen. Allerdings wünschen sich die GRÜNEN konkrete Zielvorgaben in Bezug auf die „angemessene Beteiligung“, wie sie bei der selektiven Filmförderung bereits gelten. Die GRÜNEN unterstützen zudem die aus der Filmbranche stammenden Forderungen zur **Berücksichtigung der Kosten von Kinderbetreuung und Pflege von betagten Angehörigen** beim Erstellen und Begutachten von Projektbudgets durch zusätzliche Mittel. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Gendergerechtigkeit in der Kulturförderung.

Im Bereich von Projekten zur **Kunstvermittlung** muss die geäusserte Absicht zur Zusammenarbeit mit Partnern auch tatsächlich und auf gleichberechtigter Ebene erfolgen. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrenzieren. Die Förderung der Kunstvermittlung darf nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Urhebern Mittel entzogen werden, um ihre Werke zu vermitteln, zumal die Künstlerinnen und Künstler selber die wirkungsvollsten Kulturvermittler sind.

3) Organisationen professioneller Kulturschaffender

Wir begrüßen, dass Organisationen professioneller Kulturschaffender weiterhin finanziell unterstützt werden. Ohne Beiträge des Bundes sind die meisten dieser Organisationen nur in sehr beschränktem Rahmen handlungsfähig. Sie sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten als Dialogpartner für Behörden und Institutionen, so auch für den Bund und die Pro Helvetia, unerlässlich. Nach wie vor werden sie aber zu wenig oder zu spät in kulturpolitische Entwicklungsprozesse miteinbezogen. Eine Zusammenarbeit wäre schon ab der ersten Entwicklungsstufe von neuen Überlegungen und Strategien sinnvoll und nicht erst in Form von Einladungen zu Anhörungen etc. Es müssten kontinuierliche Dialogmöglichkeiten mit den Bundesstellen und Kantonen geschaffen werden z.B. in einem Gefäss des nationalen Kulturdialogs. Die Verbände sollten standardmässig Teil von Arbeitsgruppen sein, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte geht.

4) Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Die GRÜNEN begrüßen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüßen sie, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** rückgängig gemacht werden und erwarten, dass die entsprechenden Mittel wieder mindestens dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Die Weiterführung der beschriebenen Unterstützung von **internationalen Kooperationsprojekten** begrüßen die GRÜNEN. Hier braucht es jedoch vermehrte Anstrengungen für die Beteiligung an Projekten der Europäischen Union (Festivals, Wettbewerbe, Vertriebskanäle etc.). Zurzeit sind Schweizer Kulturschaffende weitgehend davon ausgeschlossen. Wo solche Beteiligungen nicht erreicht werden, sind – nebst dem audiovisuellen Bereich – zusätzliche finanzielle Mittel bereit zu stellen.

Im Bereich der **Promotionsmodelle**, die die GRÜNEN im Grundsatz begrüßen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Nicht Konkurrenz sondern Kooperation sollte der Leitgedanke sein. Es ist durchaus auch denkbar, dass die Promotionsaufgaben vor Ort an bereits bestehende Organisationen, wie z.B. Swiss Music Export mittels Leistungsauftrag delegiert werden.

5) Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Die GRÜNEN verlangen eine **Gleichbehandlung der audiovisuellen und der thematischen Netzwerke**, damit keines auf Kosten der anderen besser gestellt wird. Gegen die Neuaufnahme von „Bibliosuisse“ und einen Beitrag an den Ausbau der Fotostiftung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Dafür müssen aber auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ansonsten sind Kürzungen an bisher unterstützte Netzwerke zu befürchten, die bereits jetzt mit knappen Mitteln wirtschaften müssen.

6) Revision Filmgesetz

Die GRÜNEN begrüßen grundsätzlich die Absicht, dass durch den Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen. Allerdings darf es nicht sein, dass diese gratis zugänglich gemacht werden.

Die GRÜNEN begrüßen zudem die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit Fernsehveranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen müssen, sind die GRÜNEN einverstanden. Ebenso sollten aber auch „Video sharing platforms“ und soziale Medien zur Investition in die nationale AV-Produktion verpflichtet werden.

Ebenso einverstanden sind die GRÜNEN damit, dass elektronische Filmanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten. Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen. Zusätzlich sollten Online-Filmanbieter zur Herausstellung dieser Werke in den Katalogen verpflichtet werden.

GRÜNE lehnen Streichung des Bundesbeitrages an die Bundeshauptstadt ab

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das Kulturförderungsgesetz (KFG) klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Die GRÜNEN fordern, dass Artikel 18 KFG nicht gestrichen wird. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten. Dies umso mehr, als die Bundesverwaltung und ausländische Vertretungen steuerbefreit sind und das Parlament bereits die Kürzung des Bundesbeitrags 2018 und 2019 an die Stadt Bern abgelehnt hat. Das Kulturangebot der Stadt Bern soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann.

Jenische, Sinti und nomadische Lebensweise

Die Anstrengungen des Bundes für die Förderung der fahrenden Lebensweise reichen nicht. Besonders wichtig ist die Schaffung von zusätzlichen Plätzen. Heute fehlen Dutzende kleinerer und grösserer Durchgangsplätze sowie Standplätze in der Schweiz. Der Erhalt und die Schaffung solcher Plätze sind Voraussetzung für die nomadische Lebensweise der Jenischen und Sinti sowie der Roma. Dazu braucht es neben der Sensibilisierung von Behörden und Bevölkerung ein zusätzliches finanzielles Engagement des Bundes, etwa Anschubfinanzierungen für Kantone und Gemeinden beim Einrichten neuer Plätze.

Die GRÜNEN begrüßen, dass der Bund endlich auch auf raumplanerischer Ebene die Situation verbessern möchte. Das Ausarbeiten eines Konzeptes gemäss Artikel 13 des Raumplanungsgesetzes ist ein wichtiger Schritt. Zusätzlich sollen aus Sicht der GRÜNEN die Kantone verpflichtet werden, in ihren Richtplänen Massnahmen zur Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen vorzusehen.

Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Die GRÜNEN begrüßen die Erhöhung der Finanzmittel. Sie betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere im Hinblick auf die laufenden grossen technologischen Veränderungen und die grossen Herausforderungen durch den Ausschluss aus dem EU-Programm „Kreatives Europa“.

Ebenso dürften die Mittel für neue Aufgaben der Pro Helvetia (Unterstützung für Tourneen auch ausserhalb von Europa, Ausweitung von unterstützenden Werkbegriffen, Erweiterungen auf weitere Mitwirkende, Erschliessung oder Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen) nicht ausreichend sein. Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.



Office fédéral de la culture
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Berne, le 24 septembre 2019

**Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (message culture)
Procédure de consultation**

CORRIGENDUM

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le message culture et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Remarques générales

Le Parti socialiste suisse (PS) attache une très grande importance à la politique culturelle et à la promotion culturelle. La culture est le vecteur de l'identité. Elle contribue largement à faire de la Suisse un pays ouvert et tolérant. En renforçant la pluralité des cultures et des langues, la promotion de la culture contribue à la cohésion nationale. La culture est propice à la créativité et à l'esprit novateur de la Suisse tout en contribuant au développement de l'économie. Avec la numérisation, la créativité joue aussi un rôle croissant dans la recherche et l'enseignement.

Compte tenu des bienfaits de la culture et de son influence positive sur la société, le PS est d'avis que toutes les strates de la population doivent pouvoir profiter d'une offre culturelle diversifiée. Il faut que la participation à la culture soit ouverte au plus grand nombre. La numérisation présente un fort potentiel qu'il y a lieu de mettre à profit pour l'accès à la culture. L'école joue également un rôle majeur dans la transmission et l'éducation culturelles, la promotion des activités culturelles et le renforcement des compétences médiatiques. En effet, de nombreux enfants y découvrent la création graphique, la musique, la littérature, le théâtre, les bibliothèques ou les musées. Il y a lieu d'y accorder une grande attention dans l'allocation des ressources financières. Nous considérons que la promotion de la création culturelle et artistique (professionnelle) relève d'une tâche importante de l'encouragement étatique de la culture.

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



La promotion de la culture en Suisse a une longue tradition derrière elle, qui fut concrétisée dans la Constitution en 1999. Ce troisième message culture s'inscrit donc dans une certaine continuité et le PS salue le fait que le Conseil fédéral compte poursuivre et développer cet engagement. Vous trouverez dans les lignes suivantes nos réponses aux questions posées. Nous nous bornerons, dans cette prise de position, à n'évoquer que certains points précis. Il va de soi que toutes nos propositions d'augmentation des moyens financiers ne doivent pas se faire aux dépens d'autres domaines. Celles-ci doivent être comprises comme une demande d'augmentation du montant total.

1. Mise en œuvre du message culture 2016-2020

Comment jugez-vous la mise en œuvre du message culture 2016-2020 par l'Office fédéral de la culture (OFC), Pro Helvetia et le Musée national suisse ?

D'une manière globale, le PS exprime sa satisfaction quant à la mise en œuvre du message culture 2016-2020 et tire un bilan positif. Le message s'est avéré extrêmement cohérent et a permis d'apporter un certain dynamisme dans la promotion culturelle. La mise en œuvre n'est pas encore achevée si bien qu'il apparaît logique de poursuivre les efforts entamés dans le cadre du nouveau message. Le travail rendu par l'Office fédéral de la culture (OFC) et Pro Helvetia est évalué positivement par le PS.

Le PS se réjouit notamment des progrès effectués dans le domaine des échanges linguistiques et de la mise en place des conditions-cadres structurelles pour renforcer la politique nationale et cantonale à ce niveau. Cela résulte en effet d'un signal fort émis par la politique et soutenu fermement par le PS en matière de promotion de la diversité linguistique.

Nous tenons aussi à mettre en avant le succès rencontré par le nouvel instrument de promotion de l'investissement dans la cinématographie en Suisse. En revanche, il est tout à fait regrettable que les barrières pour un soutien plus marqué des productions tessinoises ou romandes soient trop hautes. Il y a lieu de procéder à des adaptations et d'envisager une augmentation des ressources.

Le volet « Culture et économie » visait le développement de la nouvelle stratégie de Pro Helvetia pour l'encouragement au design et aux médias interactifs. La fondation s'est engagée dans la limite de ses ressources afin de renforcer la collaboration entre les créateurs/trices de jeux vidéo, l'économie et l'innovation. Le potentiel du jeu vidéo suisse est reconnu, notamment de par sa proximité avec les formations en art et design et les formations techniques. Il faudrait que ce potentiel soit pleinement exploité par une véritable politique d'encouragement visant à combler les lacunes existantes et reconnues dans le cadre du rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat Fehr 15.3114. L'une des faiblesses reconnues du secteur est la difficulté, pour les créateurs/trices, de vivre des revenus des jeux vidéo et, la nécessité de tirer leurs revenus principaux dans le cadre d'activités connexes. En outre, faciliter l'accès aux marchés internationaux – l'un des défis principaux des développeurs/euses et des designers – passe par l'amélioration de leurs compétences entrepreneuriales et/ou le resserrement des liens avec les personnes/organisations attestant de ces compétences en Suisse et à l'étranger.



Au reste, le rapport explicatif évoque une série de mesures prises ou consolidées, mais les mesures qui étaient censées être mise en œuvre conformément au message culture 2016-2020 et qui sont passées à la trappe en raison des programmes de coupes budgétaires ne sont guère mentionnées. C'est le cas, entre autres, de l'encouragement des revues littéraires où il était prévu de conclure des contrats de prestations pluriannuels.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Comment jugez-vous le maintien des trois axes d'action de la politique culturelle fédérale (« participation culturelle », « cohésion sociale » et « création et innovation ») et l'ajout de l'accent « numérisation » ?

A l'occasion du message culture 2016-2020, le Conseil fédéral avait, sur la base d'une analyse contextuelle, décidé d'orienter la politique d'encouragement de la culture sur trois axes stratégiques : la « participation culturelle », la « cohésion sociale » et la « création et l'innovation ». Le contexte relatif aux tendances globales n'ayant pas fondamentalement changé, il souhaite maintenir ces trois axes stratégiques, ce que le PS accueille favorablement. Les axes d'orientation sont semblables à la politique de promotion culturelle de l'UE, d'où notre exigence de permettre à la Suisse d'y participer activement. De nombreuses et nombreux acteurs/trices suisses de la culture continuent d'être exclu-e-s de la participation à maints festivals et concours européens, tandis que les personnes d'autres pays non membres de l'UE semblent pouvoir en bénéficier.

Le Conseil fédéral compte rajouter un volet « numérisation » afin que, dans les années 2021 à 2024, Pro Helvetia continue d'examiner régulièrement l'impact des développements de la numérisation sur les instruments d'encouragement dans toutes les disciplines concernées et qu'elle adapte ces instruments en cas de nécessité. Le PS salue un tel ajout. Plus particulièrement, la volonté du Conseil fédéral de mieux valoriser le potentiel des créateurs/trices de jeux vidéo est accueilli très favorablement par le PS.

3. Poursuite du développement des mesures

Comment évaluez-vous la fixation des priorités en ce qui concerne le développement des mesures durant la période de financement 2021 à 2024 ?

Pour ce qui est de l'axe d'action « participation culturelle », le PS soutient fermement le volet concernant l'égalité des chances pour femmes et hommes dans le secteur culturel. Il s'agira en particulier de développer des instruments à cet effet et de mener des enquêtes statistiques approfondies, sur la base desquelles des mesures seront élaborées. Ce domaine pourrait recevoir un appui financier supplémentaire afin de financer des mesures concrètes favorisant la conciliation entre activités culturelles et vie familiale (notamment pour la mise en place de structures extra-familiales pour la garde des enfants ou le soutien à des proches malades).

En ce qui concerne le domaine d'action « cohésion sociale », nous nous réjouissons de la priorité accordée aux activités d'échange au plan national. Toutefois, les plafonds de dépenses prévus à cet effet sont clairement insuffisants. Il faudrait prévoir au minimum 20 millions de francs au lieu de 10 afin de donner les moyens à la fondation *Movetia* de mener une véritable politique en matière



d'échange et de mobilité. Ces ressources supplémentaires sont nécessaires si l'on veut atteindre les objectifs de la stratégie nationale et permettre à tout enfant ou jeune de faire au moins une fois durant leur cursus l'expérience d'un échange d'une durée prolongée. Le PS rappelle que les échanges linguistiques favorisent l'apprentissage d'une langue nationale et contribuent notamment au renforcement des compétences interculturelles et sociales. Partant, les échanges linguistiques sont des piliers du maintien de la cohésion nationale. C'est à ce titre également que nous apportons notre plein soutien à la poursuite des mesures visant à promouvoir les échanges culturels. Dans ce cadre, il faudrait envisager la mise en place d'un programme pour permettre aux créateurs/trices artistiques de procéder à des échanges culturels au-delà des frontières linguistiques. La culture offre la possibilité de développer et de tester de nouvelles formes d'échanges et peut être un moteur de l'innovation sociale.

Enfin, nous saluons le développement de l'axe d'action « création et innovation » et l'élargissement des activités de Pro Helvetia dans les différents domaines. Nous nous réjouissons, en particulier, du fait que Pro Helvetia compte intensifier ses activités de diffusion et de promotion afin de renforcer la présence des acteurs/trices culturel-le-s suisses sur les plateformes d'art internationales. Cela passera notamment par l'élargissement de ses activités au domaine de la musique visant à améliorer la compétitivité des créateurs/trices artistiques. En effet, les musicien-ne-s suisses peinent à l'heure actuelle à se faire une place, faute de revenus suffisants. Il nous apparaît important de veiller à une bonne coordination des activités avec celles menées par d'autres acteurs/trices dans le domaine de la diffusion de la musique suisse dans le but de créer des synergies.

4. Révision de la loi sur le cinéma

Les films soutenus par la Confédération devraient à l'avenir être plus facilement accessibles au grand public une fois l'exploitation commerciale terminée. Êtes-vous d'accord avec cette proposition ?

La modification soumise à l'appréciation du PS (art. 19a LCin) vise à rendre les films financés par des fonds publics accessibles au public une fois leur exploitation commerciale terminée, soit au plus tard cinq ans après sa sortie. Sur le principe, nous soutenons le fait que le patrimoine cinématographique soit accessible plus facilement, notamment au travers d'un accès en ligne. Néanmoins, nous exprimons quelques inquiétudes quant aux efforts en faveur d'une utilisation gratuite pour les consommateurs/trices exprimés à diverses reprises. Cela instaure une culture du « gratuit », qui va à l'encontre d'objectifs de valorisation du travail abattu par les créateurs/trices artistiques.

En ce qui concerne les films plus anciens conservés sous des formats non numériques, d'importants moyens financiers fédéraux supplémentaires devraient être prévus pour leur numérisation et pour la sauvegarde de ce précieux patrimoine.

En outre, les entreprises qui proposent des films par voie électronique à la demande ou par abonnement devraient être tenues, comme c'est déjà le cas aujourd'hui pour les diffuseurs de télévision, d'investir 4 % de leur chiffre d'affaires brut dans le cinéma suisse ou de payer une taxe de remplacement correspondante. Êtes-vous d'accord avec cette proposition ?



Le PS soutient vivement l'extension du champ d'application de l'obligation de réinvestissement, à laquelle sont déjà astreints les diffuseurs de télévision nationaux et de programmes destinés aux régions linguistiques. Ainsi, les entreprises proposant des films par le biais de services électroniques à la demande seront elles aussi soumises à cette obligation. Il serait opportun d'inscrire cette obligation d'encouragement pour les diffuseurs de télévision dans la LCin afin de prévenir les inégalités de traitement entre les différents canaux de diffusion et fournisseurs de films. Cela aurait l'avantage de réunir au sein de l'OFC les compétences de vérification du respect des prescriptions légales.

Enfin, les entreprises qui proposent des films en ligne sont tenues de réserver 30 % de leur catalogue à des films européens. Êtes-vous d'accord avec cette proposition ?

L'obligation faite aux fournisseurs de films en ligne de réserver 30 % de leur catalogue à des films européens est accueillie favorablement par le PS (art. 24a LCin). Cela garantira la compatibilité avec le programme d'encouragement « MEDIA » de l'UE en vue d'une éventuelle nouvelle participation de la Suisse. Nous demandons toutefois qu'un quota soit également prévu pour les films suisses.

5. Autres modifications législatives

Comment évaluez-vous les autres adaptations législatives (cf. ch. 3.1 ss du rapport explicatif) et la proposition de confier à une institution fédérale de droit public le recrutement des enseignants des écoles suisses à l'étranger (voir point 2.6.3 du rapport explicatif) ?

Le PS s'exprimera ici uniquement sur la suppression de l'indemnité pour la culture versée à la Ville de Berne à partir de 2021. Comme le décrit le rapport explicatif, la Ville de Berne est depuis 1848 la capitale et le centre politique de la Suisse. Partant, elle est au cœur du maintien de la cohésion nationale. Cette indemnité est la seule dont bénéficie Berne pour assumer son rôle de « ville fédérale ». En effet, en tant que capitale, Berne ne doit pas uniquement rayonner sur les plans politiques et sociétaux, mais doit proposer une offre culturelle appropriée et montrer l'exemple, en particulier pour les raisons invoquées dans l'introduction de notre prise de position.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du message culture 2021–2024

Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en œuvre du message culture 2021–2024, qui s'élèvent à un montant total de 942,8 millions de francs ? Comment évaluez-vous les priorités établies par rapport aux moyens prévus ?

Il est évident que le PS se réjouit des ressources financières prévues, qui vont légèrement augmenter. Compte tenu des objectifs ambitieux poursuivis par le message culture, ces montants demeurent néanmoins extrêmement modestes. La transformation numérique et la non-participation de la Suisse au programme européen posent des défis importants. Par ailleurs, Pro Helvetia assumera de nouvelles tâches qui ne devraient en aucun cas être financées aux dépens



d'autres activités exécutées jusqu'à présent. A cet égard, et compte tenu de nos exigences formulées dans le cadre de cette réponse à consultation, le PS demande une augmentation substantielle des plafonds de dépenses et des crédits.

7. Autres commentaires

Le PS est profondément préoccupé par la paupérisation des artistes. Selon une étude de Suisseculture Sociale, leur revenu médian est de 40 000 francs. Les causes sont multiples allant des dysfonctionnements de l'économie numérique, de la piraterie, en passant par la réduction des périodes d'engagement ou encore l'accroissement du nombre d'acteurs/trices culturel-le-s dans un même secteur. Le fait que l'OFC et Pro Helvetia prennent la question au sérieux est rassurant. Désormais, à partir de 2021, les aides financières seront assorties d'une condition stipulant que les bénéficiaires doivent se conformer aux directives des associations faitières respectives en matière de rémunération des acteurs/trices culturel-le-s. En l'absence de recommandations, l'OFC et Pro Helvetia élaboreront un système définissant des rémunérations convenables avec le concours des milieux, des villes et des cantons intéressés. Le PS salue ce pas décisif. Nous nous attendons à ce que la protection sociale des artistes soient aussi garantie dans le cadre de ce programme d'encouragement. Nous tenons à souligner qu'il existe parfois des différences régionales dans les recommandations émises par les associations faitières, notamment dans le théâtre. C'est pourquoi nous demandons également de tenir compte des recommandations des organisations représentatives régionales afin de prévenir un nivellement par le bas par méconnaissance du terrain.

Au niveau de la coopération internationale, le PS regrette que le Conseil fédéral ne se soit pas engagé plus fermement en faveur d'une participation de la Suisse au programme européen *Europe creative* pour la période 2021-2027. Certes, des mesures de compensation ont été mises sur pied dans le domaine médiatique, mais rien de tel n'a été prévu pour les autres domaines culturels entrant dans le champ d'action dudit programme. C'est pourquoi le PS exhorte fermement le Conseil fédéral à intensifier les efforts par l'adoption d'un mandat de négociation pour que la Suisse prenne part au programme européen.

Sous l'angle du patrimoine culturel, le message culture 2021-2024 n'est pas entièrement satisfaisant. La Confédération a développé depuis un quart de siècle une politique de sauvegarde de l'héritage culturel. Durant la période du message culture 2016-2020, sur demande l'OFC, les Collections suisses de la danse et du théâtre ont été fusionnées pour donner naissance à *Swiss Archives of Performing Arts* (SAPA). La Suisse dispose désormais d'une institution performante pour un champ qui englobe l'ensemble des arts de la scène et va au-delà des formes traditionnelles en intégrant, par exemple, la performance. La fondation est devenue à la fois un centre de compétences pour un domaine essentiel de l'héritage culturel de la Suisse, un dépôt de collections précieuses et l'animatrice d'un réseau. Il convient désormais d'en assurer l'avenir, avenir qui n'est pas garanti par les ressources actuelles de SAPA. Cette dernière doit être en mesure d'accueillir un nombre bien plus important de fonds d'archives. Son action est d'intérêt national et doit reposer prioritairement sur la Confédération, les cantons et les villes. La perspective donnée dans le présent message d'une stagnation des moyens destinés au patrimoine culturel et l'intégration de nouveaux bénéfi-



ciales met donc SAPA face au danger de voir son financement fédéral diminuer. Le PS demande donc au Conseil fédéral de revoir sa copie, car il en va, au-delà de l'avenir de l'institution, de la préservation d'un héritage culturel.

Par ailleurs, nous apportons notre soutien à la demande de l'association suisse des diffuseurs, éditeurs et libraires, qui demandent un engagement pour la promotion de la librairie pour ses services de médiation et de promotion culturelles (1,5 million de francs). La librairie offre un service décisif en mettant à la disposition du public les livres d'importance régionale ou nationale. Elles sont un lieu de diffusion du livre et de contact entre les auteurs/trices et les lecteurs/trices.

Pour conclure, nous exhortons le Conseil fédéral de soumettre rapidement au Parlement les bases légales requises à la création d'un fonds de numérisation tel qu'il est suggéré dans la motion Savary [19.3659](#). Ce fonds s'inscrirait parfaitement dans le nouvel axe stratégique prévu dans l'avant-projet relatif au prochain message culture. Une partie des moyens devrait être allouée au domaine de la numérisation pour la création audiovisuelle de la Suisse. En effet, les besoins financiers vont s'accroître ces prochaines années pour garantir le virage numérique, par exemple, du cinéma suisse. Pour ce faire, le Conseil fédéral pourrait s'inspirer des pays nordiques, qui disposent de stratégies et de programmes de financement propres.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique

Per Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 26. September 2019

Vernehmlassung: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP begrüsst die Kulturbotschaft 2021–2024 und steht zu einer aktiven Kulturpolitik. Die Kulturpolitik trägt dazu bei, das Schweizer Kulturerbe zu erhalten und zu beleben. Die CVP erachtet die Kultur und die Kunst als wichtige Bestandteile einer lebendigen Demokratie. Sie fördern das Bewusstsein der eigenen Identität, einer nationalen Identität und schaffen ein Bewusstsein, um mit den aktuellen Herausforderungen der Individualisierung, dem demographischen Wandel, der Urbanisierung, der Globalisierung und der Digitalisierung umzugehen.

Grundsätzlich sind die Kantone für den Bereich Kultur zuständig. Der Bund kann jedoch gemäss Art. 69 BV im Rahmen seiner subsidiären Kulturförderung kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse fördern. Die CVP erwartet, dass sich der Bund seiner subsidiären Rolle im Bereich Kulturförderung bewusst ist und diese auch entsprechend wahrnimmt.

Die CVP hat bereits bei der Kulturbotschaft 2016-2020 die strategische Ausrichtung auf den drei Handlungsachsen kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kreation und Innovation befürwortet. Die Weiterführung dieser Ausrichtung und der eingeführten Massnahmen unterstützen wir.

Zur Evaluierung der Programme verlangt die CVP, dass im Hinblick auf einen Ausbau, ebenso wie bei einer geplanten Überführung einer Initialförderung in eine Regelförderung, eine positive externe Evaluation klare Voraussetzung bzw. zwingende Bedingung ist. Die Evaluationsergebnisse sind sodann zu publizieren. Grundsätzlich ist wenn immer möglich zu vermeiden, dass grosse und kurzfristige Änderungen in der Fördertätigkeit beschlossen werden, um eine gewisse Kontinuität sicherzustellen.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Wir begrüßen grundsätzlich die bisherige Umsetzung durch das BAK, Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum. Auch unterstützen wir die Fortsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020 und die Kontinuität.

Damit die Kulturförderung in den verschiedenen Bereichen noch erfolgreicher umgesetzt werden kann, soll die Zusammenarbeit des BAK, Pro Helvetia und des Schweizerischen Nationalmuseums mit den Organisationen der Kulturschaffenden intensiviert werden.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Die CVP unterstützt sowohl die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes als auch die Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung einverstanden. Beim Bereich der musikalischen Bildung sowie beim Bereich Jugend und Musik begrüsst die CVP, dass nun endlich der Verfassungsauftrag in Bezug auf die Förderung musikalischer Talente umgesetzt wird. Die Idee einer Talentkarte (analog zum Sport), ist sicher eine interessante Möglichkeit. Es muss in der Praxis jedoch gut überprüft werden, ob damit Musiktalente auch tatsächlich gefördert werden. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass Talente erkannt werden. Hier wird es eine grosse Herausforderung sein, an die Musikbegabten zu gelangen, die nicht bereits von niederschweligen Förderprogrammen profitieren.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Wir begrüssen, dass vom Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen. In welchem Rahmen dies dann geschehen soll, muss noch ausgehandelt werden.

Die CVP begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits die Fernsehveranstalter, verpflichtet werden 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren.

Auch sind wir damit einverstanden, dass Online-Filmanbieter verpflichtet werden sollen, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten. Zudem ist eine Quote für Schweizer Filmproduktionen zu prüfen.

Mit den Änderungen des Filmgesetzes sollen grundsätzlich Filme und auch Filmfestivals gefördert werden. Die CVP wird sich dafür einsetzen, dass dies auch mit den vorgeschlagenen Änderungen im Filmgesetz der Fall ist oder sich anderenfalls dafür einsetzen, dass noch gewisse Änderungen vorgenommen werden.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich sind wir damit einverstanden. Zur Anstellung von Lehrpersonen an Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes, werden wir uns erst im Rahmen dieser noch zu eröffnenden Vernehmlassung äussern.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wir sind grundsätzlich mit den vorgesehenen Finanzmitteln sowie mit der Prioritätensetzung einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI

E-Mail:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 18. November 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die SVP lehnt die vorliegende Kulturbotschaft weitgehend ab. 942.8 Mio. Franken und ein Ausgabenwachstum von 2,9 Prozent in der Periode 2021-2024 sind verantwortungslos. Es gibt kaum einen anderen Bundesbereich, in welchem so viel Geld nach dem Giesskannenprinzip verteilt wird. Die Kontrolle der Wirkung dieser Geldspritzen ist nach Ansicht der SVP mangelhaft.

Diese Vernehmlassungsantwort der SVP erfolgt, wegen einem Versehen, verspätet. Hier dennoch die wichtigsten Aussagen aus Sicht der SVP in Kürze:

Der Kulturbotschaft, welche die Leitlinien für die Kulturpolitik des Bundes vorgibt, kann man entnehmen, in welche zentralistische und staatsgläubige Richtung sich die Kulturförderung des Bundes bewegt. Die Bundesausgaben für die Kultur fördern die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat, schaffen Abhängigkeiten, wo doch Kulturschaffende unabhängig, durch Eigeninitiative und Leidenschaft getrieben, eine Kultur der Vielfalt leben sollten. Die SVP lehnt die nationale Kulturpolitik ab, welche sogar die Inhalte der kantonalen und kommunalen Kulturpolitik aufeinander abstimmen will.

Kultur ist der facettenreiche Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Der Antrieb für kulturelle Aktivitäten kommt seit je von Menschen. Kultur ist damit vorab Ausdruck privater Initiative.

Staatlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem Zeitgeist und den persönlichen Präferenzen der Kulturbürokraten huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. So soll einer der Akzente der vorliegenden Kulturbotschaft die «Digitalisierung» sein – eine technische Entwicklung wie andere auch, die mit Kultur weder direkt noch indirekt etwas zu tun hat. Wieso die «Digitalisierung» aus dem Kultur-Topf gefördert werden soll, ist schleierhaft.

Ebenfalls abgelehnt wird von der SVP die zunehmende Vermischung von Bildung und Kultur (Stichwort: Musikalische Talentförderung) sowie die damit verbundene Einmischung des Bundes in die Bildungshoheit der Kantone.

Keine Finanzierung hoheitlicher Aufgaben durch TV- und Fernmeldeanbieter

Die Artikel 24a bis 24i im VE-FiG sind ersatzlos zu streichen.

Die Kulturbotschaft verlangt, dass Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, jährlich mindestens 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen. Dies ist inakzeptabel:

- Es kann nicht sein, dass zur Finanzierung der Staatskultur willkürlich Unternehmen herangezogen werden. Darüber hinaus entziehen solche Vorschläge den betroffenen TV- und Fernmeldeanbietern wichtige Mittel, um die Netze weiter auszubauen und die Digitalisierung voranzutreiben.
- Die geforderte Abgabe führt zu ungleich langen Spiessen. Sie benachteiligt schweizerische Anbieterinnen (z.B. Swisscom-TV, UPC usw.) gegenüber ohnehin schon starker, ausländischer Konkurrenz (Netflix, Google, Amazon).

«Bundesmillion» an Stadt Bern soll fallen

Eine Streichung der so genannten «Bundesmillion» an die Stadt Bern unterstützt die SVP. Nur weil sie Bundesstadt ist, braucht die Stadt Bern nicht noch zusätzlich eine Million Steuerfranken. Bern profitiert, wie niemand sonst, von der ansässigen Bundesverwaltung mit ihren tausenden gut bezahlter Jobs und Bundesangestellten – die entweder in Bern leben oder mindestens in der Stadt essen und einkaufen. Die Bundesmillion ist nicht mehr zeitgemäss und eine Bevorteilung gegenüber anderen Schweizer Städten. Das muss korrigiert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Parteipräsident



Albert Rösti, Nationalrat

Generalsekretär



Emanuel Waeber